



Presseschau vom 10.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: US-Finanzministerium konzentriert sich auf Druck auf Russland.

Das US-Finanzministerium will weiter Druck auf Russland ausüben. Das erklärte am Freitag die stellvertretende US-Finanzministerin, Sigal Mandelker, bei einer Konferenz der US-Denkfabrik Atlantic Council. Sie hat außerdem offenbart, wozu die sogenannte „Kreml-Liste“ genutzt werden soll.

„Wir sind darauf konzentriert, Druck auf Russland auszuüben“, zitiert der russische Sender RT Mandelker.

Laut Mandelker sind die Lage in der Ukraine, die Wiedervereinigung der Krim mit Russland sowie die angebliche russische „Einmischung“ in die US-Wahlen die Gründe für diese Politik. Sie erinnerte, das US-Finanzministerium hätte Ende Januar eine Liste „hochrangiger Politiker und Oligarchen“ vorgestellt, deren Analyse bei der „Vorbereitung zukünftigen Sanktionen genutzt werde“.

Am 2. März hatte US-Präsident Donald Trump die Sanktionen gegen Russland wegen der Situation um die Ukraine um ein weiteres Jahr verlängert.

Ende Februar hatte der US-Finanzminister, Steven Mnuchin, erklärt, dass in den nächsten 30 Tagen neue Sanktionen gegen Russland verhängt werden könnten.

de.sputniknews.com: Davor hat Syrien die Uno über 140 Mal gewarnt:

Der syrische UN-Vertreter, Baschar al-Dschafari, hat daran erinnert, wie oft Damaskus vor dem Chemiewaffenbesitz der Terroristen gewarnt hat.

Laut dem Ständigen Vertreter Syriens bei den Vereinten Nationen hat die syrische Regierung

der Uno bereits über 140 Mal offizielle Briefe mit Informationen darüber zukommen lassen, dass verschiedene Terrorgruppen über chemische Substanzen verfügen und diese auch regelmäßig gegen die zivile Bevölkerung einsetzen.

„Wir haben an den UN-Sicherheitsrat und die entsprechenden Spezialkomitees sowie an die Organisation für das Verbot chemischer Waffen über 140 Briefe geschickt. Darin wurden die Berichte belegt, wonach die bewaffneten terroristischen Gruppierungen über chemische Substanzen verfügen“, so Dschafari wörtlich.

Beispielsweise hätten am 22. Februar mehrere Lastwagen mit chemischen Mitteln den Kontrollpunkt bei Bab al-Hava an der türkischen Grenze passiert.

Diese chemischen Substanzen seien später für Kampfeinsätze an Terrorverbände weitergegeben worden, so der UN-Gesandte.

In diesem Zusammenhang äußerte Dschafari auch sein tiefstes Unverständnis und seinen Unmut darüber, dass die UN-Verantwortlichen diese Informationen offensichtlich nicht verwendeten, obwohl er persönlich die Papiere an Mitglieder des Sicherheitsrates übergeben habe.

Am 4. April 2017 erklärte die sogenannte syrische Opposition, dass 80 Zivilisten Opfer eines von Regierungstruppen ausgeführten Giftgasanschlages im syrischen Ort Chan Schaichun geworden seien.

Die syrische Regierung hatte die Vorwürfe umgehend dementiert und erklärt, niemals Giftgas gegen Zivilisten eingesetzt zu haben. Das gesamte Chemiewaffenarsenal des Landes sei unter UN-Aufsicht aus dem Land weggeschafft und vernichtet worden.

Die Verantwortung für die Giftgasangriffe würde daher einzig und allein bei Terrorverbänden und deren Hintermännern liegen, so Damaskus.

Vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Das Regime des „absoluten Waffenstillstands“ wurde eingehalten.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **einmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde das Gebiet von **Dokutschajewsk** mit Granatwerfern und verschiedenen Arten von Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Paralympics 2018: Russische Biathletin holt Goldmedaille.

Die Russin Michalina Lyssowa hat bei den Paralympics 2018 im südkoreanischen Pyeongchang auf der Sechs-Kilometer-Distanz im Biathlon unter seebehinderten Sportlerinnen gesiegt.

Sie bewältigte die Distanz in 18 Minuten und 48,3 Sekunden, wobei sie am Schießplatz beide Male alle Scheiben traf.

Den zweiten Platz belegte die Ukrainerin Oxana Schischkowa, die ebenfalls alle Schüsse ins Schwarze setzte, aber der Russin um 38,5 Sekunden unterlag.

Die Bronzemedaille holte Swetlana Sachanenko aus Weißrussland. Sie verfehlte drei Mal das Schwarze und kam eine Minute und 40,9 Sekunden nach der Siegerin ins Ziel.

Somit haben die russischen Behindertensportler bei den Paralympics 2018 bereits drei Medaillen erkämpft. Eine Gold- und eine Silbermedaille hatten zuvor Jekaterina Rumjanzewa und Anna Milenina im Biathlon der Damen in der Klasse „im Stehen“ geholt.

Was Michalina Lyssowa betrifft, so ist sie bereits eine fünffache Siegerin der Paralympics. Auf ihr Konto kommen drei Medaillen der höchsten Probe im Biathlon und zwei im Skilanglauf.

Die Paralympics 2018 in Pyeongchang finden vom 9. bis 18. März statt. Die russischen Sportler treten unter neutraler Flagge zu den Wettkämpfen an, und zwar in den Sportarten Ski Alpin, Snowboarding, Biathlon, Rollstuhlcurling und Skilanglauf antreten. Anders als die Sportler aus Russland bei den Olympischen Winterspielen 2018 dürfen die behinderten Sportler nicht einmal die Aufschrift „Olympiateilnehmer aus Russland“ tragen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31987/14/319871456.jpg>

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 1. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dokutschajewsk.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 31. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 3.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 Uhr (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Putin spricht von „schmutziger Arbeit“ der USA.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview für den US-Sender NBC den USA vorgeworfen, „ständig schmutzige Arbeit zu machen“. Er hat außerdem erneut die Vorwürfe zurückgewiesen, dass sich Russland in die US-Präsidentenwahl eingemischt hätte.

Während des Interviews fragte die Moderatorin Megyn Kelly Putin nach dem russischen Geschäftsmann Jewgeni Prigoschin, der zuvor in den USA der „Einmischung“ in die US-Präsidentenwahl 2016 bezichtigt worden war. Die Journalistin verwies dabei auf eine „Stellungnahme“, laut der Prigoschin Putins „schmutzige Arbeit“ mache.

„Wer sind diese Leute (die das meinen – Anm. d. Red)? Was für eine schmutzige Arbeit? Ich mache keine schmutzige Arbeit. Alles, was ich mache, ist offen. Bei Ihnen gibt es ein Klischee. Bei Ihnen gibt es jemanden, der gern schmutzige Arbeit macht, und so glauben Sie, wir würden dasselbe tun. Auf keinen Fall“, sagte Putin.

Er gab zu, Prigoschin zu kennen, aber dieser sei weder mit ihm noch mit der russischen Regierung verbunden.

Putin betonte außerdem, die USA würden sich ständig in die russischen Wahlen einmischen

und kein Geheimnis daraus machen.

„Wir haben ihnen (Vertretern der USA – Anm. d. Red) vor kurzem auf höchster Ebene gesagt: ‚Sie mischen sich ständig in unser politisches Leben ein‘. Und stellen Sie sich vor: Sie halten es auch gar nicht geheim“, so der russische Präsident.

Putin unterstrich, Russland mische sich nicht in die US-Wahlen ein, es sei auch unmöglich, dies zu tun. „Wir haben Prinzipien, die darin bestehen, es nicht zuzulassen, dass sich jemand in unsere inneren Angelegenheiten einmischt. Und wir mischen uns auch nicht in die Angelegenheiten der anderen ein.“

Der russische Präsident sagte auch, Moskau brauche sich nicht in die US-Wahlen einzumischen. „Ich sehe nicht, welche Ziele wir durch eine Einmischung erreichen könnten. Es gibt kein Ziel. Wollen wir uns vorstellen, worin das Ziel bestehen könnte. Wozu? Für die Einmischung an sich?“, so Putin.

Washington hatte Moskau wiederholt vorgeworfen, versucht zu haben, Einfluss auf die amerikanische Präsidentschaftswahl 2016 genommen zu haben. Nach Angaben der US-Geheimdienste soll die russische Aufklärung Hacker-Gruppen zur Attacke auf die Server der Demokratischen Partei eingesetzt haben. Russland weist diese Anschuldigungen zurück. Am 13. Februar hatte das Büro des Sonderermittlers der USA, Robert Mueller, eine Liste der wegen Einmischung in die amerikanischen Wahlen Angeklagten veröffentlicht. Als Hauptschuldige wurden darin der russische Geschäftsmann Jewgeni Prigoschin und die in Sankt Petersburg beheimatete Agentur für Internet-Recherchen genannt. Das russische Außenministerium bezeichnete diese Anschuldigungen später als absurd und äußerte sein Befremden darüber, wie denn 13 Personen die US-Geheimdienste mit ihrem viele Milliarden umfassenden Haushalt und den neuesten Entwicklungen und Technologien hätten austricksen können.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31987/25/319872505.jpg>

de.sputniknews.com: US-Sanktionen gegen Russland: Putin nennt wahren Grund.

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat in einem Interview mit dem TV-Sender NBC erläutert, worauf die US-Sanktionen gegen Russland tatsächlich abzielen.

Ihm zufolge hängen die Sanktionen absolut nicht mit einer mythischen Einmischung Russlands in den US-Wahlkampf zusammen.

„Die Einschränkungen sind mit etwas anderem verbunden und zwar mit dem Wunsch, die Entwicklung Russlands zu stoppen, Russland einzudämmen. Diese Politik zur Zügelung Russlands wird bereits jahrzehntelang, von Zeit zu Zeit, betrieben. Jetzt ist man wieder zu ihr zurückgekehrt“, wird Putin vom Sender zitiert.

Indes bezeichnete Putin eine derartige Herangehensweise als unrichtig, da sie die russisch-amerikanischen Beziehungen und das US-Unternehmertum beeinträchtige.

„Weil dies ermöglicht, einen Platz für Konkurrenten der amerikanischen Geschäftswelt auf unserem Markt frei zu räumen“, fügte Putin hinzu.

Die TV-Moderatorin von NBC, Megan Kelly, hatte in der vergangenen Woche ein zweistündiges Exklusiv-Interview mit Putin geführt. Das Interview veröffentlichte der Pressedienst des Kremls.

Am 2. März hatte US-Präsident Donald Trump die gegen Russland verhängten Sanktionen um ein weiteres Jahr verlängert. Washington hatte diese einschränkenden Maßnahmen im März 2014 wegen der Situation auf der Krim und in der Ukraine verkündet und sie dann mehrmals verlängert und erweitert. Diesen Russland-Sanktionen hatten sich ebenso die Länder der Europäischen Union, Kanada, Norwegen und Australien angeschlossen.

Moskau verkündete im Gegenzug seinen Kurs auf die Importsubstitution und beschloss Einschränkungen für die Lebensmitteleinfuhr aus Ländern, die den Sanktionen zugestimmt hatten. Bei all dem haben die russischen Behörden wiederholt betont, dass sie keine Konfliktsseite in der Ukraine seien, dass die Bewohner der Krim auf demokratische Weise und im vollen Einklang mit der Satzung der Uno bei dem Referendum im März 2014 für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt hätten.

Nachmittags:

[ukrinform.ua: Poroschenko trifft sich am Montag mit Mogherini.](#)

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini werden bei ihrem Treffen über die Lage in der Ostukraine und eine mögliche UN-Friedensmission sprechen.

Das Treffen findet am 12. März in Kiew statt, meldet die Pressestelle des ukrainischen Staatschefs. Weitere Themen des Gesprächs seien die Nichtanerkennung der illegalen Wahl des russischen Präsidenten auf der besetzten Krim, Sanktionspolitik gegen Russland, Unterstützung der ukrainischen Reformen und die Erfüllung des Assoziierungsabkommens zwischen der Ukraine und EU.

[Mogherini kommt am 11. März zu einem zweitägigen Besuch in die Ukraine.](#)

[de.sputniknews.com: Darum sollen Ukrainer mehr für Gas zahlen – IWF:](#)

Der Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Ukraine, Jost Ljungman, hat in einem Interview für die ukrainische Zeitschrift „Nowoje Wremja“ aufgeklärt, warum die Gaspreise auf dem ukrainischen Markt erhöht werden sollen.

Laut Ljungman ist der Preisunterschied für Gas auf dem ukrainischen Markt ein Grund der Korruption und der Gasverschwendung.

Die Erhöhung der Gaspreise werde ermöglichen, Korruptionsschemata zu vermeiden. Diese würden darin bestehen, dass Gas zum Preis für Privathaushalte gekauft und dann an Unternehmen zum höheren Preis weiterverkauft werde.

Der IWF-Vertreter ist außerdem der Ansicht, billiges Gas sei für „reiche Menschen mit großen Häusern“ günstig, die viel Gas verbrauchen.

„Zum Ausgangspunkt soll der Verkauf von Gas zum Marktpreis werden, damit der Mehrerlös aus dem Verkauf an reiche Haushalte zur Stärkung des Systems der kommunalen Subventionen genutzt werden kann“, sagte Ljungman.

Zuvor hatte der IWF Kiew Forderungen für den Erhalt der nächsten Tranche gestellt, darunter die Gründung eines Antikorruptionsgerichts, die Verabschiedung eines Privatisierungsgesetzes sowie die Regulierung der Gaspreise.

Seit 2014 wurden in der Ukraine im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem IWF die Gaspreise für die Bevölkerung mehrmals erhöht, im Zusammenhang damit stiegen die Tarife in der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft. Der Preis für eintausend Kubikmeter Gas für die Bevölkerung stieg von 725 Griwna im Jahre 2013 auf 6879 Griwna im Jahre 2016, also

umgerechnet von 28 auf 266 Dollar oder um das 9,5-fache.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31987/36/319873631.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzer ein weiteres Mal die Vereinbarungen über die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung verletzt. In Richtung Donezk wurde das Gebiet von Dokutschajewsk vom Gegner mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Die amerikanischen Kuratoren inspizieren weiter das unter ihrer Kontrolle stehende ukrainische Militärkommando und die Einheiten der Besatzer in der Zone der sogenannten ATO. Es ist die Arbeit einer Militärdelegation der USA und Kanadas unter Leitung eines Vertreters der Ausbildungsmission der amerikanischen Spezialoperationskräfte der US-Streitkräfte im Stab der operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ sowie im Gebiet von Granitnoje und Schirokino zu festzustellen.

Die Ankunft ausländischer Spezialisten, die auf die Durchführung besonders wichtiger Operationen spezialisiert sind und reale Kampferfahrung haben, in Richtung Mariupol bestätigt ein weiteres Mal die uns vorliegende Information über die Pläne der verbrecherischen ukrainischen Regierung und des Besatzungskommandos, die Lage in der Zone des militärischen Konflikts wesentlich zu destabilisieren.

Diversions- und Erkundungsgruppen der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte setzten die Versuche fort, zu unseren Positionen vorzudringen, Aufklärung zu betreiben und unsere Soldaten gefangen zu nehmen, in der letzten Zeit wurden solche Aktivitäten des Gegners in Richtung Gorlowka, im Gebiet von Sajzewo registriert. Zuvor, am 2. März 2018 hatte eine ukrainische DEG der Spezialoperationskräfte im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Oktjabrj auch einen Soldaten der Streitkräfte der DVR gefangen genommen, gefoltert und grausam zu Tode gequält. Die ukrainischen Spezialdienste versuchen mit allen Methoden, einschließlich psychischem Druck und physischer Einwirkung, gefangene Soldaten zur Diskreditierung der Streitkräfte der DVR zu nutzen.

Unter Nutzung der Vereinbarung über ein Regime der Feuereinstellung, verstärkt die ukrainische Seite weiter ihre Truppengruppierungen, dabei verletzt der Gegner offen die Minsker Vereinbarungen bezüglich des Abzugs schwerer Waffen und versucht nicht einmal die Fakten zu verheimlichen.

Auf einem Übungsplatz in der Nähe von Bogojawlenka, Marjinka-Bezirk, 24 km von der

Kontaktlinie, wurden Schießübungen einer Brigadeartilleriegruppe der 30. mechanisierten Brigade mit praktischer Erarbeitung von Feuerunterstützung von angreifenden Truppen durchgeführt.

Außerdem haben technische Einheiten in der Zone der sogenannten ATO die ganze Woche lang Übungen zur Angriffsthematik durchgeführt, was auch die aggressiven Absichten der ukrainischen Besatzer bestätigt.

Die ukrainischen Politiker und Generäle zur Vernunft aufzurufen ist sinnlos. Die Erfahrung von vier Jahren Krieg hat dies häufig bestätigt. Deshalb wende ich mich an die einfachen ukrainischen Soldaten, die man in ein weiteres Abenteuer hineinziehen will. Ich weiß, dass Sie mich jetzt hören. Man plant, Sie in ein weiteres blutiges Gemetzel zu werfen, dessen Endergebnis im Voraus absehbar ist und genau so sein wird, wie bei allen vorhergehenden gescheiterten Operationen unter Führung von Mushenko und seinen Komplizen.

Die Streitkräfte und alle militärischen Strukturen der Donezker Volksrepublik sind auf jede mögliche Variante der Entwicklung der Ereignisse vorbereitet.

Ukrinform.ua: Präsident Poroschenko: Ukraine will Aufnahme zum Nato-Aktionsplan anstreben.

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat die Anerkennung der Bestrebungen der Ukraine zur Nato-Mitgliedschaft durch die Allianz begrüßt. Der nächste Schritt der Ukraine auf dem Weg zur Nato ist eine Aufnahme des Landes in den Membership Action Plan (MAP), erklärte der Staatschef.

„Unsere nächste Ambition ist der Aktionsplan zur NATO-Mitgliedschaft. Darum geht es in meinem Schreiben an Jens Stoltenberg im Februar 2018, in dem die Bestrebung der Ukraine zur Mitgliedschaft an der Allianz von mir unter Hinweis auf Artikel 10 des Nordatlantikvertrags verankert wurde“, betonte Poroschenko. Er habe darüber auch mit dem Generalsekretär der Nato in München und mit dem US-Vizepräsident telefonisch gesprochen.

de.sputniknews.com: Kiew erhält neuen Nato-Status – Was dieser wirklich bedeutet:

Der Ukraine ist der Status eines „Nato-Beitrittsaspiranten“ verliehen worden. Das teilte die Vizevorsitzende der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament), Irina Geraschtschenko, am Samstag auf Twitter mit.

„Das ist sehr wichtig. Die Nato erkennt den Status der Ukraine als Beitrittsaspiranten an! Schritt für Schritt nähern wir uns einer vollwertigen Mitgliedschaft in der Allianz“, schrieb sie auf ihrem Twitter-Account.

de.sputniknews.com: Russland überdenkt CERN-Beitritt.

Russland hat seinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Organisation für Kernforschung CERN abberufen. Dies teilte die Vertreterin des Pressedienstes der Organisation, Sophie Tesauri, gegenüber Sputnik mit.

„Die Tatsache, dass Russland beschlossen hat, kein assoziiertes Mitglied zu werden, ändert keineswegs diese tiefe Zusammenarbeit, die wir haben und die vor kurzem verstärkt wurde“, so Tesauri.

Sie merkte außerdem an, dass Moskaus Entscheidung dessen Teilnahme an den gemeinsamen Projekten nicht beeinflussen werde.

Russland hatte im Jahr 2013 einen Antrag auf die assoziierte CERN-Mitgliedschaft gestellt. Der Rat der Organisation hatte den Antrag gebilligt, aber später hatte Moskau diesen zurückgezogen. Mit der Situation vertraute Quellen bestätigten gegenüber Sputnik, die entsprechende Entscheidung wäre bereits im November 2017 getroffen worden.

Die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN) ist das weltweit größte Labor für Hochenergiephysik mit Sitz in Meyrin (Schweiz). Der Organisation gehören 22 Mitgliedstaaten an. Als das größte CERN-Projekt gilt der Large Hadron Collider (zu Deutsch:

Großer Hadronen-Speicherring), der 2008 in Betrieb genommen wurde.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31644/33/316443385.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine Tendenz zur Stabilisierung. In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung entlang der Kontaktlinie festgestellt.

Dennoch verletzt die Militärführung der Ukraine weiter die Minsker Vereinbarungen in Bezug auf Stationierung verbotener Waffen und Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie. So in den Gebieten folgender Ortschaften:

Nowoalexandrowka, es wurden Feuerstellungen von zwei Mörserbatterien des Kalibers 120 bzw. 82mm entdeckt;

Krymskoje, es wurden ausgerüstete Positionen entdeckt, auf den eine Mörserbatterie und ein Unterstand mit einem Schützenpanzer stationiert sind.

Nach unserer Information wurden in die Aufklärungseinheiten der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ Uniformen geliefert, wie sie von den Soldaten der Volksmiliz der LVR verwendet werden. Diese Einheiten, in diese Uniformen gekleidet, werden zur Durchführung breit angelegter Provokationen verwendet, um die Lage in der Konfliktzone zu destabilisieren und um günstige Bedingungen für den Übergang u aktiven Angriffshandlungen zu schaffen.

Nach uns vorliegenden Informationen sind **mögliche Aktivitäten** der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die in Uniformen der Volksmiliz der LVR gekleidet sind, die **Durchführung von Strafaktionen gegen friedliche Einwohner der grauen Zone sein sowie bewaffnete Aktionen gegen Mitarbeiter der OSZE-Mission**, um anschließend Soldaten der Volksrepubliken der Ausschreitungen zu beschuldigen.

Wir stellen weiter ein Anwachsen der Rechtsverletzungen und Verbrechen gegenüber zivilen Einwohnern durch ukrainische Nationalisten in der „ATO“-Zone fest.

Am 3. März ist in Solotoje, Popasnaja-Bezirk, eine Einheit Nationalisten des Rechten Sektors mit 20 Mann eingetroffen. Die Strafsoldaten haben sofort mit Terror gegen die örtliche Bevölkerung begonnen: Besetzung von Häusern und Plünderung, Hissen ihrer Fahnen auf Gebäuden. Ich möchte anmerken, dass die Rechtsschutzorgane in keiner Weise auf Anzeigen von örtlichen Einwohnern über die zahlreichen Ausschreitungen der Kiewer Nationalisten reagieren.

Die Verbrechen der Kiewer Nationalisten halten auch OSZE-Beobachter fest.

Im Bericht der Mission für den 8. März ist angegeben, dass am 4. März in Folge einer

Aggression Kiewer Soldaten gegen Zivilisten eine Einwohnerin von Solotoje-5 ein Schädel-Hirn-Trauma erlitt. Dank der operativen und organisierten Handlungen von Soldaten der Volksmiliz der LVR wurde der Verletzten erste Hilfe geleistet, danach haben unsere Soldaten einen Krankenwagen gerufen, die die Frau ins Krankenhaus gebracht hat. Derzeit sind ihr Leben und ihre Gesundheit nicht in Gefahr.

Die Einheiten der Volksmiliz reagieren nicht auf die Provokationen, die die ukrainischen Streitkräfte organisieren. Wir sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg ausgerichtet und unterstützen dafür in jeglicher Weise die OSZE-Mission und halten die Minsker Vereinbarungen streng ein.

de.sputniknews.com: Ukrainisches Parlament droht mit Verbannung aller Russen von der Krim.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) und Chef des „Medschlis des krimtatarischen Volkes“, Refat Tschubarow, hat gefordert, dass alle auf der Krim lebenden russischen Bürger die Halbinsel verlassen müssten.

„Alle russischen Bürger müssen wissen: Wenn sie beabsichtigen, zum ständigen Wohnsitz auf die Krim zu kommen, oder diese Absicht, Gott bewahre!, bereits verwirklicht haben und auf die Krim übergesiedelt sind, (...) werden sie zur Ausreise verpflichtet sein“, sagte Tschubarow in einer Sendung des ukrainischen „Kanal 5“.

Dem Abgeordneten zufolge sei dies die einzig mögliche Entwicklung auf der Halbinsel.

Wie der Vizechef des Nationalitätenausschusses der Staatsduma (russisches Unterhaus) und Abgeordnete von der Region Krim, Ruslan Balbek, zuvor erklärt hatte, würden die Anhänger des „Medschlis“ eine subversive Tätigkeit auf der Halbinsel betreiben, indem ihre Aktivitäten von Kiew direkt koordiniert würden.

Bei Hausdurchsuchungen bei vielen Mitgliedern des in Russland verbotenen „Medschlis des krimtatarischen Volkes“ seien Waffen sowie Flugblätter sichergestellt worden, die zur Destabilisierung der Situation auf der Krim aufriefen, so der Abgeordnete.

Die Krim-Behörden sind der Auffassung, dass die Führungspersonen des „Medschlis“ - Mustafa Dschemilew, Refat Tschubarow und der Unternehmer Lenur Isljamow - die Wirtschaftsblockade der Krim initiiert hatten, die 2015 von Kiew verhängt worden war. Alle drei hatten die Region nach deren Wiedervereinigung mit Russland verlassen.

de.sputniknews.com: „Westen will Wahrheit nicht wissen“: 24 Tonnen C-Kampfstoffe in Syrien gefunden.

Syrische Experten haben 24 Tonnen chemischer Kampfstoffe auf den Territorien des Landes gefunden, die früher unter Kontrolle der Terroristen gestanden waren. Dies teilte der stellvertretende Außenminister Syriens, Faisal Mekdad, gegenüber der Presse am Samstag mit.

„Die westlichen Länder wollten nur beweisen, dass die syrischen Regierungstruppen chemische Waffen benutzt haben. Wir haben aber eine große Produktion chemischer Stoffe entdeckt. Wir haben es mehrmals gesagt, aber der Westen will nur die Terroristen hören“, sagte Mekdad.

Insgesamt seien in den von den Terroristen befreiten Gebieten in Syrien 24 Tonnen Kampfstoffe gefunden worden.

„Die Experten der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) werden vom Westen ernannt, sie wollen die Wahrheit nicht wissen. Wenn wir sagen, dass diese Experten nicht die Wahrheit sagen, behaupten die USA, dass sie doch Experten seien und deshalb nicht lügen könnten.“

Wie Mekdad ferner mitteilte, hat die syrische Seite wiederholt an die OVCW mit der Forderung appelliert, Experten nach Aleppo oder Chan Scheichun in der Provinz Idlib zu

schicken. Die Organisation habe das jedoch aufgrund der „unermesslichen Gefahr“, sich in diesen Städten aufzuhalten, immer verweigert.

„Wir haben gesagt, dass wir bereit sind, Schutz zu bieten, und ihnen vorgeschlagen, Saudi-Arabien oder die USA zu kontaktieren, damit sie ihre Sicherheit in den von der sogenannten Opposition kontrollierten Gebieten gewährleisten würden, aber sie haben sich geweigert“, so Mekdad.

Ende Januar hatte US-Außenminister Rex Tillerson Damaskus den Einsatz von chemischen Waffen gegen Zivilisten in Ost-Ghuta vorgeworfen. Zudem betonte das US-Außenministerium, Moskau tue sein Bestes, um das Regime von Baschar al-Assad zu schützen, das angeblich weiter C-Waffen einsetze.

Das russische Verteidigungsministerium verurteilte derartige Äußerungen und bezeichnete sie als haltlos. Die US-Vorwürfe des Einsatzes von chemischen Waffen durch syrische Regierungskräfte würden lediglich auf Gerüchten, Mitteilungen in den sozialen Netzwerken und den Aussagen von Terror-Kämpfern beruhen, hieß es.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30425/71/304257138.jpg>

Abends:

de.sputniknews.com: Warum alles, was wir über Nordkorea denken und wissen, falsch ist – Expertin

Nordkorea, das gewöhnlich als paranoides, zivilisationsfeindliches Land mit zurückgebliebener Wirtschaft bezeichnet wird, ist laut der Teroexpertin Dr. Loretta Napoleoni eine sich rasch entwickelnde Nation, die sich der Umwelt anschließen wolle, und zwar als selbstständiger regionaler Staat oder gar eine Weltmacht.

Wie Napoleoni gegenüber Sputnik sagte, haben Massenmedien höchstwahrscheinlich keine Ahnung von der Geschichte der Region und von den modernen politischen Triebkräften dort. Dank des nordkoreanischen Staatschefs Kim Jong-un „nimmt Pjöngjang heute sowohl auf der internationalen Arena als auch innerhalb des Landes eine so starke Position wie nie zuvor ein“.

Nach Meinung der Expertin soll dieses Jahr zu einem Wendepunkt für Nordkorea und zu einer Schlüsselphase einer umfassenden geopolitischen Verschiebung in Richtung einer echten multipolaren Welt werden.

Maßgebend für diesen Aufschwung sei die Tätigkeit von Kim Jong-un, der sich seit seinem Amtsantritt im Jahr 2011 als ein höchst erfahrener und weiser Politiker bewährt habe.

Er sei Pragmatiker, habe eine klare Auffassung von der Welt, verstehe die Globalisierung und sei sich zugleich dessen bewusst, dass die traditionelle Konfrontation des Ostens gegenüber

dem Westen aus der Zeit des Kalten Krieges nicht mehr lebensfähig sei. Die Expertin fügte hinzu, Nordkorea müsse jedoch in wirtschaftlicher Hinsicht wachsen, um zu überleben. Laut Napoleoni ist Nordkorea bereit, unter der Führung von Kim eine Politik im eigenen Interesse und ohne Verpflichtungen gegenüber anderen Weltmächten zu betreiben. Die „sehr öffentlichen“ Atomtests Nordkoreas im Laufe des vergangenen Jahres hätten eine Schlüsselrolle bei der Herbeiführung dieser Autonomie gespielt, so die Expertin. Ihr zufolge ist Kim offenbar nicht daran interessiert, einen Erstschlag zu führen. Er wolle bloß, dass man sein Land in Ruhe lasse, was die Weltmächte auch tun sollten, „wenn sie sich nicht in einen Nuklearkrieg gegen Pjöngjang hineinziehen wollen, der zum Untergang der Menschheit führen würde“.

„Die Weltführer müssen das akzeptieren, diplomatische Kontakte zu Nordkorea herstellen und sinnlose Sanktionen aufheben“, so Napoleoni.

Der Abbau der Spannungen und das immer diplomatischere Verhältnis zwischen den beiden koreanischen Staaten sprächen dafür, dass Südkorea sich „des unausbleiblichen Auftritts Nordkoreas in der großen Welt“ oder wenigstens dessen bewusst sei, dass Nordkorea nicht beabsichtige, auf seine Nuklearwaffen zu verzichten, solange der Westen auf einem Regimewechsel in Pjöngjang bestehe.

„Wenn die Völkergemeinschaft tatsächlich will, dass Nordkorea sich in den Weltraum integriert, muss sie dessen wirtschaftliche Entwicklung fördern“, betonte die Expertin.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31987/80/319878060.jpg>

de.sputniknews.com: „Blödsinn grassiert“ – Krim-Abgeordneter zu Kiewer Idee der Verbannung aller Russen.

Der Vorsitzende der Krimdeutschen-Gemeinde, Juri Gempel, hat sich zur Forderung des ukrainischen Parlamentsabgeordneten Refat Tschubarow geäußert, laut dem alle auf der Krim lebenden russischen Bürger die Halbinsel verlassen sollten.

„Ich kenne Refat Tschubarow und es schien mir immer, dass er ein gut ausgebildeter Mensch ist. Jetzt möchte ich sagen, dass Blödsinn grassiert“, so Gempel.

Politiker wie Tschubarow und viele andere Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) hätten ihre politische Zeit bereits „überlebt“, glaubt der Politiker. Um ein bisschen länger in der Politik zu bleiben, würden sie zu „offenem Blödsinn“ greifen.

Wie Gempel ferner mitteilte, wird in Kiew „ständig über die Einhaltung der Menschenrechte in Russland und auf der Krim gesprochen“. Die ukrainische Regierung bemerke aber nicht, dass sie selbst versuche, die Rechte von Russen zu verletzen.

Der Vizechef des Nationalitätenausschusses der Staatsduma (russisches Unterhaus) und Abgeordnete von der Region Krim, Ruslan Balbek, hat Tschubarows Worte ebenso kommentiert: Der ukrainische Parlamentarier „vertreibt die Russen seit fast vier Jahren“ und

übe sich aktiv im in Kiew sehr geschätzten „Geschwätz“.

Zuvor hatte Balbek erklärt, dass die Anhänger des „Medschlis des krimtatarischen Volkes“, dessen Chef Refat Tschubarow ist, subversive Tätigkeiten auf der Halbinsel betreiben würden.

...

de.sputniknews.com: Ukrainischer Kommandeur will Truppen bis nach Moskau führen.

Der Kommandeur eines Marineinfanterie-Bataillons der ukrainischen Streitkräfte hat in einem Zeitungsinterview mitgeteilt, wo seiner Meinung nach der Donbass-Konflikt beendet werden müsse.

Im Gespräch mit der ukrainischen Zeitung „Obosrewatel“ (dt. „Beobachter“) sagte der Kommandeur Wadim Sucharewski, dass dies zumindest an der Grenze zu Russland geschehen müsse. Seiner Ansicht nach wäre es jedoch besser, wenn die ukrainischen Truppen bis zur Moskauer U-Bahnstation „Sucharewskaja“ vordringen würden.

„Was mich betrifft, so ist mein Name Sucharewski. Ich habe eine jüngere Schwester namens Xenia. Und in Moskau gibt es einen Platz und eine U-Bahnstation, die diesen Namen – Xenia Sucharewskaja – tragen“, so der Kommandeur. „Und aus diesem Grund hätte ich gerne, dass der Krieg dort beendet wird.“

Ein Mitarbeiter des Blatts merkte seinerseits an, dass der Traum des Kommandeurs bloß nicht sehr realistisch klinge.

Das ukrainische Parlament hatte am 18. Januar dieses Jahres das Gesetz über eine Reintegration des Donbass verabschiedet. Russland wird als „Aggressor“ und das von Kiew nicht kontrollierte Territorium als „okkupiert“ bezeichnet. In der Endfassung des Dokuments ist von der vorrangigen Bedeutung der Minsker Vereinbarungen gar keine Rede mehr.

Das russische Außenministerium hatte die ukrainischen Behauptungen über eine Okkupation als „öffentliche unbewiesene Insinuationen“ bezeichnet. Moskau hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine Konfliktpartei in der Ostukraine ist und mit der Entwicklung im Donbass nichts zu tun hat. Russland sei vielmehr daran interessiert, dass die Ukraine die politische und ökonomische Krise so schnell wie möglich überwinde, hieß es in Moskau.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31956/06/319560661.jpg>

de.sputniknews.com: Donbass-„Säuberung“: Ukrainischer Blogger lüftet Poroschenkos ominösen Plan.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko beabsichtigt, den Donbass nach der Stationierung von UN-Friedenstruppen zu „säubern“. Dies teilte der ukrainische Blogger Martin Brest nach einem Treffen mit dem Staatsoberhaupt am Samstag mit.

„Der Plan sieht so aus: Zuerst treffen die Friedenstruppen ein und schließen die Grenze

entlang der gesamten Strecke. Dann kommen die ukrainischen Streitkräfte an und säubern den Donbass in folgendem Stil: ohne Waffe – leb‘, mit Waffe – stirb““, schrieb Brest auf Facebook.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im GZKK teilt mit, dass die ukrainischen Streitkräfte um 21:45 Uhr das Feuer mit Mörsern des Kalibers 120mm (10 Geschosse) aus Richtung Schirokino in Richtung **Sachanka** eröffnet haben.